Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 52 | Dresden, Mittwoch den 3. März 1926 | 37. Jahrg.

Auf zum Volksbegehren!

An die Partei!

Vom 4. bis zum 17. März liegen die Listen auf, in die sich jedermann einzeichnen muß, der unsern Gesetzesantrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten zur Abstimmung durch das ganze Volk bringen will. Rund

vier Millionen Unterschriften

müssen aufgebracht werden, um der Forderung der Verfassung zu genügen. Eine weit größere Zahl an Unterschriften ist notwendig, um den Sieg beim Volksentscheid selbst vorzubereiten.

Die entschädigungslose Enteignung der Fürsten bedeutet die Vernichtung jener nur formalen widersinnigen und unsittlichen „Rechtsansprüche", die von einzelnen Fürstenfamilien zu dem schamlosen Versuch mißbraucht worden sind, wesentliche Teile des deutschen Volksvermögens in ihre Hand zu bringen. Während die Werktätigen, die Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, die Kleinrentner, die Opfer der Inflation, die Auslandsdeutschen, die Kolonialdeutschen, die verdrängten Elsaß-Lothringer und Ostdeutschen unerträgliche Not leiden — wo blieb da der „Rechtsgedanke?" —, strecken einige wenige Familien, die für die Republik nichts bedeuten, ihre Hand nach Milliardenwerten aus. Auf diese ungeheuerliche Herausforderung ist die

entschädigungslose Enteignung durch Volksbeschluß

die einzige treffende Antwort.

Darum ist es die Pflicht jeder Parteigenossin und jedes Parteigenossen, nicht nur sich selber sofort nach Auslegung der Listen in diese einzutragen, sondern auch alle anderen Volksgenossinnen und Volksgenossen, die ihrem Einfluß erreichbar sind, zu dem gleichen Handeln zu bestimmen.

Die Sozialdemokratische Partei führt, den getroffenen Vereinbarungen entsprechend, ihre Aktion selbständig. Sie braucht zu ihrer Durchführung keine sogenannten „Einheitskomitees". Als die weitaus größte der beteiligten Organisationen trägt sie die schwerste Last dieses Kampfes und sie muß zum Sieg das Entscheidende beitragen. Wer die Sozialdemokratische Partei schädigt, gefährdet den Sieg!

Genossinnen und Genossen! Sorgt dafür, daß jedem Gelegenheit gegeben wird, sich in die Listen einzutragen. Behördliche Organe, besonders auf dem flachen Lande, versuchen, der freien Bekundung des Volkswillens Hindernisse in den Weg zu legen. Man muß daran zweifeln, was größer ist: ihre Unkenntnis des Gesetzes oder die Unverschämtheit, mit der sie dem Gesetz Widerstand leisten. Erhebt gegen jede Gesetzwidrigkeit sofort Beschwerde und versäumt nicht, uns auf kürzestem Wege über sie zu unterrichten.

Arbeitet unablässig! Klärt Unwissende auf! Rüttelt Lässige wach! Es geht darum, ungeheure Werte dem Volksvermögen zu erhalten und sie sozialen Zwecken zuzuführen. Es geht darum,

der monarchistischen Reaktion einen entscheidenden Schlag zu versetzen!

Es geht darum, in dem größten Abstimmungskampf, den die Welt erlebte, die Kraft unserer Partei zu beweisen! Es geht darum, die Grundlagen der Demokratie zu sichern, von denen allein ein Aufstieg der arbeitenden Massen zu den Zielen des Sozialismus möglich ist!

Es lebe die Republik! Es lebe die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand.

Bethlens Sprößling als Fälscher

Schwere Belastung des Ministerpräsidenten

A. **Wien**, 3. März. (Eig. Funkspruch.) Wie dem „Nacht" aus **Budapest** gemeldet wird, ist dort am Dienstag bekanntgeworden, daß **der Sohn des Ministerpräsidenten, der junge Graf Bethlen, selbst die gefälschten Frankenoten ins Ausland gebracht und dort in Umlauf gesetzt hat.** Das soll insbesondere aus Anlaß einer **Amerikareise** des jungen Bethlen geschehen sein. Im Herbst 1925 fuhr angeblich der Sohn des Ministerpräsidenten plötzlich, angeblich auf Wunsch seines Vaters, nach Amerika, um dort, wie behauptet wurde, eine Stellung an einer Bank anzunehmen. Auf dieser Reise hat er in **Wien** und **Paris** große Geldbeträge, die in die Hunderte von Millionen gingen, eingewechselt. Es handelte sich durchweg um **französische Frank**, mit denen der junge Bethlen Dollarnoten kaufte. Bei Erhebungen der französischen Kriminalpolizei stellte sich dann heraus, daß der junge Bethlen im Herbst 1925 plötzlich seine sämtlichen Schulden bezahlte, obwohl er im Sommer noch stark verschuldet war. Es soll feststehen, daß er die falschen Frankenoten im **Kuriergepäck**, das von den **ungarischen Behörden** versiegelt worden war, mitgenommen hat. Es wird behauptet, daß man in Paris genau unterrichtet sei, daß der junge Bethlen auf seiner Durchreise durch Paris an einem einzigen Nachmittag für mehr als 500 Millionen Kronen falsche Banknoten ausgegeben und noch falsches Geld nach Amerika mitgenommen habe.

Wenn das zutrifft, dann scheint die Position des Ministerpräsidenten, des Vaters, der immer noch behauptet, er habe „nichts gewußt", unhaltbar. Die Opposition gab schon längst die Parole aus: **Fort mit Bethlen!** Vielleicht ist die Zeit jetzt reif zum Sturze der ganzen Korruption.

Barbarische Justiz

Der Unteroffizier **Wiese** wurde 1926 vom Kammergericht zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er im Jahre 1916 in einem italienischen Gefangenlager aus Aerger über eine Strafe gesagt hatte, daß deutsche Offiziere einen Fluchtversuch unternehmen wollten. Einer der damals beteiligten Offiziere, ein Herr Kuno Albrecht aus Kassel, sendet jetzt eine Zuschrift an den Vorwärts, in der er sagt, daß er durch das Urteil des Berliner Gerichts aufs schwerste betroffen und erschüttert sei. Er habe sich damals sofort nach Verhängung des Urteils an den Vorsitzenden des **Strafgerichts** gewandt und ihn gebeten, ein Gnadengesuch von den beteiligten Offizieren entgegenzunehmen, der Vorsitzende habe sie an den Offizialverteidiger verwiesen, sein Rechtsempfinden wehre sich dagegen, daß die Tat Wieses, wie man sie auch immer beurteilen möge, sechs Jahre nach Beendigung des Krieges mit einer derart unfaßbar hohen Strafe geahndet werde.

Das Urteil, das sich hier das Berliner Kammergericht geleistet hat, steht in keinem erträglichen Verhältnis zu der Tat, die Wiese zur Last gelegt wird. Wenn gewisse deutsche Richter die Absicht hätten, die deutsche Justiz immer mehr in Mißkredit zu bringen, so könnten sie gar nichts Besseres tun, als derartige unverständliche Urteile aussprechen. Hoffentlich wird schleunigst durch einen Gnadenakt das **Unrecht wiedergutgemacht**, das hier begangen wurde.

Die Diktatoren des Montantrusts

R. **Essen**, 2. März. (Eig. Drahtb.) Die Eisentrustverhandlungen stehen, der Rheinisch-Westf. Zeitung zufolge, soweit die Personenfragen noch in Frage kommen vor dem Abschluß. Als feststehend kann gelten, daß Generaldirektor **Vögler** die technische und Direktor **Kabes** von der Thyssengruppe die kaufmännische Generaldirektion der Vereinigten Stahlwerke A. G. übernehmen werden, während **Fritz Thyssen** Präsident des Aufsichtsrats der neuen Gesellschaft wird.

Dankesschuld des Volkes

Als Wilhelm jun. das gewünschte Tafelsilber nicht so schnell erhielt, wie er es erwartet hatte, ward er unwillig und behauptete, er habe vom deutschen Volke nichts als Undank geerntet. Und sofort trat die „wissenschaftliche Schutztruppe der Hohenzollern" auf den Plan, griff das Kronprinzenwort auf und rechnete dem undankbaren Volke vor, was unser herrliches Kaiserhaus alles für das Volk getan habe, wie sparsam es (nämlich das Herrscherhaus!) gewesen sei und wofür wir undankbaren Subjekte Wilhelmen und Wilhelms Geschlecht noch auf Jahrhunderte hinaus dankbar sein müßten.

Wir wollen hier nicht an obskuren Herrschergestalten entschwundener Zeiten herumnäkeln, sondern uns nur einmal die bekanntesten und volkstümlichsten Hohenzollernfiguren auf ihre Leistungen für das Wohl des Volkes hin ansehen.

Da ist der Abgott aller Teutschentflammten, Fridericus Rex, der jetzt zum wievielten Male schon in Otto-Gebührlicher Form gefilmt wird, dieweil das allein die Felle der ausgerissenen Landesväter vor dem Wegschwimmen noch zu retten vermag. Als das Volk den Siebenjährigen Krieg unter den schwersten Opfern für ihn gewonnen hatte, powerte er es zum Dank durch eine kleine Inflation aus. Während des Krieges hatte er infolge dauernder Geldkalamität durch den Münzjuden Ephraim minderwertiges Geld prägen lassen. Nach dem Kriege wurden diese Talmi-Talerstücke, bei denen sich der Silberüberzug schon so abgenutzt hatte, daß das Kupfer zum Vorschein kam, aufgerufen und nicht zum Nennwert, sondern zum Metallwert eingelöst. Den Untertanen gingen auf diese Weise die letzten Reste des kümmerlichen Barvermögens flöten. (Die Inflations- und Aufwertungsgrößen der Jetztzeit können also auch weiterhin mit berechtigtem Stolz sagen: Bei mir — Fridericus Rex!)

Damit nicht genug. Philosophen pflegen sonst für kraßmaterielle Dinge weniger Sinn zu haben. Bei dem Philosophen von Sanssouci war es anders. Gleich nach dem Kriege preßte er dem armen, von ihm selbst betrogenen Volke noch zehn Millionen ab, um sich einen neuen Palast zu bauen. Obwohl die sparsamen Preußenkönige für die damaligen Zeiten allein in der Mark genügend Schlösser besaßen: das große Berliner Schloß, das Stadtschloß in Potsdam, das eben mit großem Aufwand umgebaut worden war, das Jagdschloß in Königswusterhausen, das entzückende Rheinsberger Schlößchen u. a., nicht zu vergessen das Schloß Sanssouci, das Friedrich 1747, nach Beendigung des 2. Schlesischen Krieges, auf Kosten des Volkes hatte erbauen lassen. Trotzdem: das Neue Palais mußte auch noch erstehen. Hinterher beklagte er sich darüber, daß in der Staatskasse kein Geld für die Unterstützung der Kriegsinvaliden vorhanden sei. — Dank vom Hause Hohenzollern!

Die Förderung der Volksbildung ließ der Alte Fritz sich ja ganz besonders angelegen sein — nach der üblichen Legende. Bei seinem Tode hatte die Volksbildung folgendes Niveau erreicht: Es gab in ganz Preußen nur 195 Schulmeister, die ein Einkommen von mehr als 100 Taler jährlich hatten. Viele verdienten noch weniger als 80 Taler jährlich. Häufig wurde die Erziehung und Ertüchtigung der Jugend Hirten, Nachtwächtern und Kriegsinvaliden anvertraut, die weder lesen noch schreiben konnten! Die Universität Königsberg mußte mit einem Etat von 6100 Taler jährlich auskommen!

Als der „große" Friedrich starb, hinterließ er ein Volk, das ihn verfluchte, ein Testament (in dem er seinem Nachfolger empfahl, mit Preußens gegebenem Bundesgenossen — nämlich Frankreich!! — gegen den alten „Erbfeind", den Deutschen Kaiser aus dem Hause Habsburg, Hand in Hand zu gehen!) sowie 130 goldene Tabaksdosen, mit Brillanten usw. besetzt, im Werte von 1½ Millionen Taler. Von wegen der Sparsamkeit. (Nach Hegemanns Fridericusbuch.)

Den Damen des Königin-Luisen-Ordens sei hier ein kleines Zitat gewidmet. Luise, die „edle Dulderin", der der „Gram über das Ungemach des Vaterlandes" nach einem tüchtig durchschwoosten Hofball „das Herz brach", schrieb am Ende des Unglücksjahres 1807 in den trübsten Tönen über die „Notlage" der Königsfamilie wimmernd: „Mittags haben wir vier Gänge, abends drei bis vier, das ist alles; wir leben von der Luft —." — Die Millionen von Erwerbslosen würden heute gut und gern von drei bis vier Gängen solcher „Luft" leben. — Tatsache ist ferner, daß in jenen schweren Jahren nach dem Tilsiter Schmachfrieden, den Friedrich Wilhelm III. bereitwilligst unterzeichnet hatte, die Kosten des königlichen Hofstaates mehr als doppelt so hoch waren wie der Etat der Verwaltung des gesamten preußischen Staates. Der Freiherr vom Stein, der bedeutendste deutsche Staatsmann jener Tage, wurde von der Königin fristlos entlassen, weil er von altpreußischer Sparsamkeit angekränkelt war und die Kosten für die Hofhaltung um ein Geringfügiges herabsetzen wollte! —

Nach dem Kriege von 1870/71 gelangte der auch damals verheißene „Dank des Vaterlandes" zur Verteilung. **Moltke** bekam eine Dotation von 300 000 Taler, obschon er erst 1866 eine Gratifikation von 200 000 Taler erhalten hatte. Ebenso erhielt **Bismarck** eine „sehr anständige" Dotation, worüber er „außerordentlich vergnügt" war, ferner der Chef der Reichskanzlei, v. **Delbrück**, und 29 **Generale**. Die Dotationen beliefen sich zusammen auf 12 Millionen Mark. Wilhelm I. wollte zunächst jedem der zu dotierenden Herren 20 000 Taler verehren. Bismarck setzte es durch, daß es bei keinem unter 100 000 Taler wurden. Der **Kronprinz**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260303/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG